# Anlage 9

(zu § 32 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2)

**Zustimmungserklärung und Versicherung an Eides statt1)**

**für die Kreiswahl am 11.09.2016**

**im**  **Landkreis Gifhorn, Wahlbereich4)** ….......................................

Ich

Familienname:

Vorname:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Beruf oder Stand:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

stimme meiner Benennung als Bewerberin/Bewerber im Wahlvorschlag mit der Bezeichnung

(Name der Partei/Kennwort der Wählergruppe/Einzelwahlvorschlag)

für die oben bezeichnete Wahl zu.

Ich versichere, dass ich für keinen weiteren Wahlvorschlag für die/eine …......................................................................wahl5) meine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin/Bewerber gegeben habe (§ 23 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes). Meine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin/Bewerber im Wahlvorschlag für die ……………………………wahl(en) bleibt hiervon unberührt.6)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Ich bin im Besitz eines | Ausweisnummer |  |
| □ gültigen Identitätsausweises7) | ausgestellt am: | von (ausstellende Behörde) |
| □ Reisepasses7) | zuletzt verlängert am: | von (ausstellende Behörde) |

Ich versichere in Kenntnis der Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt nach den §§ 156 und 161 des Strafgesetzbuchs, dass ich

a)8) nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei bin,

b) am Wahltag die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaates …...............................................................................................................................  
der Europäischen Union besitze,

c) weder durch Richterspruch nach deutschem Recht noch nach dem Recht des Herkunftsmitgliedstaates von der Wählbarkeit ausgeschlossen bin,

d)9) seit dem …......................................... einen Wohnsitz im Wahlgebiet (z. B. Gemeinde/Landkreis) begründet habe   
(nur ausfüllen, wenn eine Meldepflicht nach den melderechtlichen Vorschriften nicht besteht).

Hinweis:

Die Wahlleitung kann zu den Buchstaben b und c verlangen, dass die Bewerberin/der Bewerber eine Auskunft der zuständigen Behörden vorlegt.

….................................................................., den …........................... 20….... ………………………………………………………………………………………

(Ort und Datum) (Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

1) Vollständig und in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen.

2) Auf Art der Wahl abstimmen (Wahl der Vertretung oder Samtgemeinde-/(Ober-)Bürgermeisterwahl/Landratswahl/Regionspräsidentenwahl).

3) Name des Wahlgebiets eintragen (§ 2 Abs. 5 NKWG).

4) Nicht Zutreffendes streichen.

5) Die gleiche Wahlart eintragen, für die die Zustimmung abgegeben wird (Regionswahl, Kreiswahl, Samtgemeindewahl, Gemeindewahl, Ortsratswahl, Stadtbezirksratswahl oder Direktwahl).

6) Einzutragen sind die übrigen in Betracht kommenden anderen Wahlarten.

7) Zutreffendes ankreuzen ⌧.

8) Nur bei Wahlvorschlägen einer Partei, sonst streichen.

9) Nur bei Wahl einer Vertretung; entfällt bei der Zustimmungserklärung für eine Direktwahl.